

Die Verwaltung berichtet ausführlich über die aktuelle Situation der Flüchtlinge und Asylbewerber in Meckenheim.

Zurzeit hat die Stadtverwaltung Meckenheim 193 Flüchtlinge aus 31 Herkunftsländern zu betreuen. Darunter auch sogenannte unbegleitete Jugendliche, um deren Betreuung sich das Jugendamt kümmert. Im Laufe des Jahres 2015 wurden der Stadt Meckenheim bereits 110 Personen zugewiesen. Die städtischen Unterkunftsmöglichkeiten sind nahezu voll belegt. Weiterer privater Wohnraum wurde und wird auch weiterhin angemietet. Eine Vorlage zum Bau von Wohnungen speziell für Flüchtlinge durch die MeWoGe wird dem Rat der Stadt Meckenheim in der nächsten Sitzung vorgelegt.

Für die Flüchtlinge im Alter zwischen 6 und 18 Jahren wurde eine internationale Förderklasse eingerichtet. Für diese werden jedoch keine Landesmittel bereitgestellt. Die Spendenbereitschaft für Flüchtlinge allgemein und besonders für diese Förderklasse ist ungebrochen hoch.

Am 29.09.2015 wird ein Treffen des „Runden Tisches“ einberufen, in dem auch die aktuellen Entwicklungen im ehrenamtlichen Bereich ein Thema sein werden. Unter anderem wird die Caritas an dieser Sitzung teilnehmen und neue Mitarbeiter, die im Bereich der Flüchtlingshilfe tätig sein werden, vorstellen.

Flüchtlinge, die nach Deutschland und NRW kommen, werden zunächst in sogenannten Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) der Bundesländer aufgenommen; dort werden ihre Personalien erfasst, es findet eine medizinische Untersuchung statt und der Asylantrag wird gestellt. Nach einem Aufenthalt von durchschnittlich einigen Wochen werden die Asylbewerber dann den einzelnen Kommunen gemäß Flüchtlingsaufnahmegesetz zugewiesen.

Da die bestehenden Landeseinrichtungen nicht mehr ausreichen, hat das Land NRW bzw. die zuständige Bezirksregierung unter anderem Städte dazu verpflichtet, die Aufgabe der „Erstaufnahme“ nun temporär zu übernehmen.

Nach einer Dienstbesprechung der Hauptverwaltungsbeamten im RSK bei der Regierungspräsidentin am 19.08.2015 wurde klargestellt, dass hiervon zunächst nur Kommunen ab einer Größe von mehr als 40.000 Einwohnern betroffen sind.

Durch die steigenden Zahlen der Asylbewerber und Flüchtlinge ist das Haushaltsbudget im Fachbereich Soziales bereits seit Juli ausgeschöpft.

Auch der Verwaltungs- und Betreuungsaufwand nimmt stetig zu. Aufgrund fehlender Sprachkenntnisse der Asylsuchenden und vermehrter Vorsprachen im Fachbereich Soziales ist der erforderliche persönliche Betreuungsaufwand mit dem jetzigen Personalbestand nicht mehr zu gewährleisten.

Der Ausschuss zeigt reges Interesse und die Verwaltung beantwortet die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Die aktuellen Fallzahlen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt und können im Ratsinformationssystem eingesehen werden.